



Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schäfer, Düsseldorf, Konforckstraße 7.
Druck und Verkauf: Joh. van Nieuwen, Conz, Lütz. Straße Nr. 63-65.
Jahrespreis: 12 Mark.

Veranstaltung: Düsseldorf, Konforckstraße Nr. 7. Telefon Nr. 4723

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands zur Lage.

Der am 13. November zusammgetretene Ausschuss des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands erklärt:

Eine geschichtliche Periode des deutschen Reiches ist abgeschlossen; wir stehen am Anfang einer neuen Zeit.

Alle Kräfte müssen sich vereinigen in dem Bestreben, unser schwer geprüftes Vaterland aus den Wehen, die ihm zurzeit Leib und Seele erschüttern, als neues, lebensstarkes Reich hervorgehen zu lassen.

Der größte Feind auf dem Wege zu diesem Ziel ist der Bolschewismus. Seine Herrschaft wäre gleichbedeutend mit Terrorismus aller Art, Hungernot und blutigem Chaos. Auch von den politischen Machthabern fordern wir dessen härteste Bekämpfung.

Als ein gleich großes Unglück müssen wir jeden Versuch bezeichnen, die alte Ordnung gewaltsam wieder herzustellen. Mit aller Entschiedenheit fordert der Ausschuss von den derzeitigen Machthabern die unverbrüchliche Hochhaltung der demokratischen Grundsätze, die sie zu ihrer eigenen Legitimation anführen und zur Grundlage jeder Regierungsform gemacht wissen wollen.

Die schnellste Einberufung einer konstituierenden deutschen Nationalversammlung ist erstes Erfordernis. Die Vorarbeiten dafür sind unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben nach den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl und Sicherung voller Wahlfreiheit zu erfolgen.

Durchschlagende Maßnahmen sind zu treffen zur Sicherung der persönlichen Freiheit und der Ausübung der freien verkündeten staatsbürgerlichen Freiheiten: der Versammlungs-, Press-, Rede- und Versammlungsfreiheit, sowie der religiösen und staatsbürgerlichen Ueberzeugung und Betätigung.

Mit der Verkündung der staatsbürgerlichen Freiheiten in der Reichshauptstadt ist ihre Ausübung weder in Berlin, noch im Reich allgemein gewährleistet.

Gewaltsame Eingriffe Privater in das Eigentum, Unterbindung und Störung von Verwaltung und Justiz, ungesetzliche Beeinträchtigung von Kirche und Schule sind strengstens hintanzuhalten.

Alle verfügbaren Kräfte müssen vereint werden zur Aufrechterhaltung der Produktion, der Beschaffung von Arbeits- und Wohngelegenheit und der Sicherung der Volksernährung.

Den neuen deutschen Volksstaat erwarten wir als ein wahrhaft demokratisches, echt freiheitliches, einheitliches Reich, dessen stärkste Wurzeln in der friedliebenden Gesinnung und in der geistigen und materiellen Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes liegen, und in dem bei einer weitgehend, sozialisierten Wirtschaftsordnung nicht mehr die Ware, sondern der Mensch im Mittelpunkt des Denkens und Geschehens steht.

Jetzt, wo das deutsche Volk infolge der politischen Umwälzung, der ungünstigen Waffenstillstandsbedingungen und

des plötzlichen Zurückflutens der Millionenheere in den nächsten Wochen und Monaten vor den größten und schwierigsten Aufgaben seiner Geschichte steht, fordern wir unsere Mitglieder und Anhänger in allen Landesteilen auf, sich allen Behörden und derzeitigen Machthabern zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, damit wir möglichst bald zu geordneten Zuständen kommen.

In allen Stadt- und Landkreisen werden Abrüstungsausschüsse eingesetzt werden müssen, die sich aus Behörden, den Leitern der Arbeitsnachweise und Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen zusammensetzen haben, um überall den heimkehrenden Kriegern Arbeit, Verdienst und Unterkunstmöglichkeit zu schaffen.

Besondere Aufmerksamkeit ist dabei den Kriegsbeschädigten zuzuwenden.

In den landwirtschaftlichen Gemeinden und Gemeindeverbänden sind paritätische Ausschüsse von Landwirten und Landarbeitern zu bilden zur Erfassung aller verfügbaren Nahrungsmittelvorräte und zur Sicherung der weiteren Volksernährung.

Die leitenden Regierungsstellen werden aufgefordert, diese gewaltigen Aufgaben ohne Verzug zu organisieren.

Ohne weitgehende Mitarbeit aller Gewerkschaften sind diese Aufgaben nicht zu lösen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind als Parteioorganisation nicht die geeigneten Körperschaften, die beruflichen Interessen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern und der Regierung ausreichend wahrzunehmen. Wir werden jede Regierung bekämpfen, die die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten aller gewerkschaftlichen Richtungen nicht als die maßgebende Vertretung der Arbeitnehmer in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten anerkennen oder sie gar von der Mitarbeit ausschalten will.

Unseren Mitgliedern ergeht die dringende Anforderung, unter allen Umständen den gewerkschaftlichen Organisationen die Treue zu bewahren und für ihre Stärkung unermüdet mit allen Kräften zu wirken. Zu ihrer Führung können sie volles Vertrauen haben; sie hat in allen Wirren keinen Augenblick den Kopf verloren und wird auch in allem, was noch kommen mag, ihren Mann stehen.

Schwerste Sorgen.

Wir erleben jetzt weltgeschichtliche Tage und stehen inmitten ganz gewaltiger Umwälzungen. Die Waffenstillstandsbedingungen, welche uns die Gegner auferlegt haben, sind geradezu niederdrückend. Sie geben uns vollständig in die Hände unserer Feinde. Wenn auch die Friedensbedingungen sich vielleicht im Rahmen der 14 Wilson'schen Punkte, welche uns zwar unsere Lebensmöglichkeit lassen, jedoch sehr behäbbar sind, bewegen werden, so bedeuten die harten Waffenstillstandsbedingungen für uns eine derartige Schwächung, daß wir später volkswirtschaftlich zum großen Teil von den Gegnern abhängig sein werden. Es gilt dieser Tatsache klar ins Auge zu sehen. Die Regierung hat sich bemüht, eine Milderung der Waffenstillstands-

Bedingungen zu erreichen. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß die Abgabe von 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons und 10 000 Kraftwagen, ferner die Beibehaltung der Blockade, den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten würde. Im großen und ganzen sind die Bedingungen dieselben geblieben. Die Lieferung der Lokomotiven und Waggons soll in längstens 30 Tagen erfolgen. Wie schwer uns diese Maßnahme treffen wird, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Wir hatten 1915 insgesamt 32 272 Lokomotiven, 19 372 Gepäckwagen, 228 538 gedeckte und 496 507 offene Güterwagen. Der normale jährliche Zugang betrug früher 1000 Lokomotiven und 32 000 Güterwagen. Ganz besonders kommt in Betracht, daß das uns verbleibende Eisenbahnmateriale jetzt in sehr verschlechtertem und reparaturbedürftigem Zustande sich befindet. — Die Blockadebestimmung hat eine Aenderung dahingehend erfahren, daß die Verbündeten und die Vereinigten Staaten die Versorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem Maße zugeben, als wie sie es für nötig erachten. Hoffentlich wird diese Aenderung praktisch dahin führen, daß wir einige Zufuhren bekommen. Auf die übrigen Bedingungen des Waffenstillstandes wollen wir hier nicht eingehen. Militärisch bedeuten sie für uns völlige Unterwerfung.

Im Innern des Landes ist die bisherige Ordnung vollständig aufgelöst worden. Das Alte ist zusammengestürzt wie ein Kartenhaus, und wir stehen inmitten der sozialen Revolution. Von der alten Regierungsform finden wir fast nichts mehr. Ihr jäher Zusammenbruch beweist, daß die bisherige Ordnung morsch und faul war. Hinzu kommen die geradezu unglaublichen Fehler, welche nicht nur früher gemacht, sondern auch während des Krieges sich geradezu erschreckend häuften. Die rücksichtslose Ueberspannung des Macht- und Autoritätsgedankens, die eigene Ueberschätzung und die Unterschätzung der Gegner; dazu 51 Monate Krieg, ferner die furchtbaren Entbehrungen des Volkes, während ein kleinerer Teil sich keine Beschränkungen auferlegte: das war mehr, als ein Volk — selbst das gutmütigste — ertragen kann. Seitens der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, welche auf dem Boden einer gesunden Demokratie steht, ist immer und immer wieder gewarnt und sind erhebliche Aenderungen und Verbesserungen verlangt worden. Vergebens! Die herrschenden Schichten sahen die Wirklichkeit nicht; die einflussreicheren von ihnen wollten die Macht behalten und die etwas einsichtigeren Elemente konnten sich nicht durchsetzen. Jetzt hat man den Zusammenbruch.

Eigentlich ist es ein müßiges Beginnen, die Schuldfrage jetzt des langen und breiten zu erörtern, aber diese kurzen Bemerkungen glaubten wir doch machen zu sollen. Es gilt jetzt, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und mitzuarbeiten, damit die eingetretene Verwirrung nicht überhand nimmt, und uns die Flammen über dem Kopf zusammenschlagen. Die Dinge liegen jetzt tatsächlich so, daß Deutschland, bezw. der größte Teil Deutschlands, in der Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte ist und von diesen regiert wird. Ein Glück, daß sich diese Entwicklung fast ganz ohne Blutvergießen vollzogen hat. Die größte Sorge ist jetzt, daß Ruhe und Ordnung im Lande weiter gewahrt bleiben und die Entwicklung sich in ruhigen Bahnen vollzieht.

Einige schwere Sorgen vermögen wir nach der Seite hin im gegenwärtigen Augenblick nicht zu unterdrücken. Wir meinen zunächst, der Streit darüber, ob monarchische oder republikanische Staatsform, hat — unbeschadet aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten — jetzt zu schweigen. Es gibt schwerere Sorgen, die uns jetzt bedrücken. Jetzt gilt es, ein allgemeines Chaos zu verhindern. Hierbei müssen alle Elemente mitarbeiten, denen das Wohl unseres Volkes am Herzen liegt. Die Truppen fluten jetzt zurück, die Vorräte sind auf's äußerste angezehrt; dazu kommt die Abgabe der Lokomotiven und Eisenbahnwaggons an die Sieger. Bei der Knappheit unserer Lebensmittel sind größere Vorräte, besonders in den Großstädten, nicht vorhanden. Wenn da nicht alles in vollster Ordnung funktioniert — und das kann nur einigermaßen geschehen, wenn die bisherigen Schäden nicht zerissen werden — dann erleben wir die

schlimmsten Dinge. Hinzu kommt die Fürsorge für die Arbeitslosen (Unterstützungen, Arbeitsvermittlung u.), die Inangahaltung und Umstellung der Betriebe u. Alles das sind schwerwiegende Fragen, welche sich nur in gemeinschaftlicher, hingebender Arbeit lösen lassen.

Aus den vorhin benannten Erwägungen heraus halten wir es auch für einen großen Fehler, wenn in mehreren Orten die Arbeiter- und Soldatenräte nur aus Sozialisten zusammengesetzt sind und sowohl unsere, wie auch die Mitarbeit bürgerlicher Kreise verweigern. Es entspricht das auch nicht den Grundsätzen wahrer Demokratie. Der Geist der Zeit verlangt die Mitarbeit aller. Als Voraussetzung für diese Mitarbeit den Verzicht auf Grundsätze zu verlangen, wäre nicht nur töricht, sondern bedeutet einen Rückfall in die Machtmethoden, welche an dem früheren Regiment mit Recht beklagt wurden. Im übrigen lassen sich geistige Strömungen und prinzipielle Meinungen damit nicht zurückhalten.

Mitarbeit und Wiederaufbau in Gemeinsamkeit, das muß der feste und unerschütterliche Wille aller sein. Keiner darf ausgeschlossen werden. Die kommende Zeit wird hart, sehr hart für uns sein. Wir sind mehr oder weniger dem guten Willen der Entente überliefert. Geben wir uns auch keinen täuschenden Hoffnungen darüber hin, daß der nun losgebrochene Aufstand international sei. Wäre das wirklich der Fall, dann könnte das zu unserem Vorteil sein. Bis jetzt haben sich diese Hoffnungen aber als trügerisch erwiesen. Wir lassen dabei unberücksichtigt, ob hier oder da mal beschränkte Meutereien oder Aufstände ausgebrochen sind. Bedenken wir, daß die Gegner die Sieger sind und deren Heere und Bevölkerung in den 51 Kriegsmontaten bei weitem nicht soviel erduldet haben. Da ist wenig Boden für Revolution. — Sodann darf die ganze Bewegung in Deutschland uns nicht russischen Zuständen entgegenführen. Rußland, wovon die Unruhen in Deutschland zum großen Teil mit gefördert und eingeleitet wurden, hat das Regiment der Bolschewisten. Dort hat man alles aus den Angeln gehoben, und die Folge davon ist Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Man bewahre uns vor solchen Zuständen. Hinzu kommt, daß nach den nach hier gelangenden Nachrichten, in Rußland die Zwangsherrschaft in schlimmstem Maße geübt wird. Kommen wir hier zu solchen Zuständen, dann würde der Sturz des früheren Obrigkeitsstaates uns keiner besseren, sondern einer viel schlimmeren Zukunft entgegenführen.

Wir brauchen den Glauben an unsere Zukunft dann nicht zu verlieren, wenn alle Volkskreise sich einträchtig zusammensinden, um unter Ausschaltung aller egoistischen Motive, selbstlos an dem Wiederaufbau zu arbeiten. Die neue Staatsordnung soll, nach den Erklärungen der jetzt einseitig sozialistisch zusammengesetzten Regierung, von einer Nationalversammlung bestimmt werden. Nach Abschluß des Friedens muß dieselbe bald tagen. Ihre Zusammensetzung muß nach den wirklichen Grundsätzen der Volksherrschaft und des wirklichen Volkswillens erfolgen. — Trümmer liegen vor uns. Der Wiederaufbau ist furchtbar schwer; er muß aber so erfolgen, daß wir einen Staat bekommen, in dem wirkliche soziale Gerechtigkeit herrscht, in dem wirkliche Freiheit und Volkssolidarität wohnen. Es wäre eines Volkes, das in 51 harten Kriegsmontaten Leistungen vollbracht hat, welche das Staunen der ganzen Welt erregten, unwürdig, wenn es nicht die Fähigkeit und die Reife besäße, aus dem zusammengestürzten Alten ein besseres Neues für Volk und Vaterland zu schaffen.

Dringende wichtige Aufgaben für uns während der Übergangswirtschaft.

Der Krieg ist zu Ende. Die Krieger strömen zurück. Alles geht zunächst noch überhastet, in überstürzter Unruhe vor sich. Die vorbereiteten Maßnahmen für die Übergangswirtschaft in der Textilindustrie erleiden dadurch, daß vieles im letzten Augenblick anders gekommen ist, eine Beeinträchtigung.

Jetzt ist aber keine Zeit für uns, um lange Betrachtungen anzustellen. Wir müssen jetzt handeln! Auf unserer Verbandsgeneralversammlung sind Forderungen für die Übergangswirtschaft aufgestellt worden, welche gewisse Richtlinien geben. Im übrigen müssen wir uns jetzt auf dem Boden der Tatsachen bewegen. Wenn nicht besondere Maßnahmen ergriffen werden, wird die Zahl der Arbeitslosen in der Textilindustrie ganz erheblich anwachsen. Aus dem Heeresdienst sind viele ehemalige Textilarbeiter entlassen. Dazu kommt der Abbau der Rüstungsindustrie. Es muß jetzt vermieden werden, daß die Arbeitslosigkeit zu groß wird, und auch die Arbeitgeber müssen eigene Interessen hintenanstellen. Es geht jetzt mehr auf dem Spiele.

Bei der Kriegsrohstoffabteilung sind noch erhebliche Mengen Rohstoffe vorhanden. Dieselben müssen den Textilbetrieben möglichst unverzüglich zugehen, ebenfalls etwa fehlende Betriebsmittel (Niemer u.). Alle Firmen müssen berücksichtigt werden.

Im übrigen muß der Grundsatz aufgestellt werden, daß alle zurückkehrenden arbeitslosen Textilarbeiter und Arbeiterinnen sofort wieder eingestellt werden. Wo noch keine Produktionsmöglichkeit gegeben ist, können eine Anzahl früherer Arbeiter und auch Arbeiterinnen mit dem Putzen und Instandsetzen der Maschinen beschäftigt werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß. Ob die Kürzung für die gesamte Textilindustrie gleich sein kann, ist vielleicht in Zweifel zu ziehen. Überstunden können natürlich überhaupt nicht in Frage kommen.

Um möglichst alle Arbeiter in Arbeit zu bringen, war hier und da der Vorschlag aufgetaucht, in Schichtwechsel zu arbeiten. Letzteres läßt sich in der Textilindustrie höchstens nur in einigen Abteilungen durchführen. In der Weberei und manchen anderen Branchen ist es nicht durchführbar, daß abwechselnd von verschiedenen Arbeitern die Arbeit verrichtet wird. Wer soll denn für Fehler in der Ware u. verantwortlich gemacht werden? Da ist die beste Lösung, die Zahl der Maschinen, Stühle, welche bedient werden, zu beschränken. Wurden bisher zwei Stühle bedient, dann muß jetzt ein Stuhl bedient werden.

Eine Mindestgrenze im Verdienst, bezw. die Festlegung eines Existenzminimums ist notwendig. Die vielfach noch bestehenden niedrigen Akkordsätze bedürfen einer wesentlichen Aufbesserung.

In Befolgung des Grundsatzes, daß möglichst alle Beschäftigung erhalten, wird die Beschäftigung der einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen nur teilweise sein können. Deshalb muß ergänzend die Erwerbslosenfürsorge hinzutreten. Die Textilarbeiterfürsorge ist reformbedürftig. Letzteres ist in neulich erfolgten Eingaben noch zum Ausdruck gebracht worden. Die Entschädigungssätze müssen angemessen sein und allen teilweise oder gänzlich erwerbslosen Textilarbeitern und Arbeiterinnen zugute kommen. Die allgemeine Erwerbslosenunterstützung, aus der alle Erwerbslosen (also nicht nur Textilarbeiter) unterstützt werden sollen, ist zwar von der Regierung angekündigt, jedoch z. Bt., wo dies geschrieben wird, noch nicht in Kraft getreten. Vielleicht wird die Textilarbeiterfürsorge durch die allgemeine Erwerbslosenfürsorge abgelöst.

Sobald es ein Verhandeln von Organisation zu Organisation über alle diese Fragen dringend erforderlich. Die Zeit muß jetzt endgültig dahin sein, daß die Arbeitgeber allein bestimmen. Keine Vernunftgründe müssen den Arbeitgebern sagen, daß eine Verständigung über diese Fragen mit den Textilarbeiterverbänden auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Im übrigen entspricht die Anerkennung der Gleichberechtigung auch der sozialen Gerechtigkeit. Für uns ist diese Anerkennung jetzt eine Forderung, der mit Nachdruck Geltung verschafft wird.

Kollegen und Kolleginnen! Die nächste Zeit stellt uns vor große gewerkschaftliche Aufgaben. Es gilt jetzt, die Interessen der Textilarbeiter tatkräftig wahrzunehmen und an dem Wiederaufbau unserer Industrie mitzuarbeiten.

Allgemeine Rundschau.

Verwirklichung des sozialistischen Programms.

Die gegenwärtige Regierung (Stat der Volksbeauftragten) verkündet mit Gesetzeskraft u. a.:

Aufhebung aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefindeordnungen, sowie der Ausnahme Gesetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitsstag in Kraft treten.

Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht, nach dem Verhältniswahlssystem für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

(Hoffentlich setzt die Regierung durch, daß der achtstündige Maximalarbeitsstag auch in den anderen Ländern durchgeführt wird. Es würde das sehr zu begrüßen sein. Geschieht das aber nicht, dann wird unsere Industrie gegenüber der ausländischen sehr im Nachteil bleiben. Die Schriftleitung.)

Aus unserer Bewegung.

Unser Verband in gegenwärtiger Lage.

Die kommende Zeit wird für unseren Verband und die organisatorische Arbeit desselben eine schwere Belastungsprobe darstellen. Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist Deutschland in drei Zonen eingeteilt. Die erste Zone (links vom Rhein) ist besetztes Gebiet, die zweite Zone neutrales Gebiet und die dritte Zone freies Gebiet. In die erste Zone fällt ein Teil unserer Bezirke (Aachen, M.-Glabbach, Crefeld) und Ortsgruppen. Auch in der zweiten Zone liegen Teile einiger Bezirke. Hinzu kommt, daß heute noch nicht bestimmt feststeht, ob Düsseldorf, der Sitz der Zentrale, besetztes oder neutrales Gebiet sein wird. Nach den Waffenstillstandsbedingungen werden die Festungen Köln u. auf einen Umkreis von 30 Kilometer Tiefe besetzt. Rechnet man vom Außenrand Kölns die 30 Kilometer, dann gehört Düsseldorf mit zum besetzten Gebiet, während, wenn die 30 Kilometer vom Mittelpunkt Kölns berechnet werden, Düsseldorf neutrales Gebiet sein wird. Ferner wird unser Verbandsorgan in Crefeld gedruckt. Crefeld ist besetztes Gebiet.

Ueber die Bestimmungen, welche im besetzten und teilweise auch im neutralen Gebiet Geltung bekommen werden, wissen wir zur Stunde, wo dieses geschrieben wird, noch nichts!

Wir müssen damit rechnen, daß uns die Möglichkeit nicht mehr gegeben ist, die Verbindungen überall aufrecht zu halten. Vielleicht sind ganze Bezirke von dem Verkehr mit der Zentrale vollständig abgeschnitten und kann auch keine Verbandszeitung geliefert werden.

Kommt es so — und die Wahrscheinlichkeit liegt sehr nahe — dann dürfen wir wohl von unseren Mitgliedern erwarten, daß sie diese unvermeidlichen Dinge für einige Zeit, ohne dem Verbands die Treue zu kündigen, hinnehmen werden. Hoffentlich dauert die Besetzung nicht wesentlich über die Zeit des Waffenstillstandes hinaus.

Nach wie vor muß das gewerkschaftliche Leben in allen Ortsgruppen ungehindert seinen Gang gehen. In den besetzten und vom Verkehr mit der Zentrale abgeschnittenen Gebieten wird es den Bezirksleitern und Beamten jedenfalls möglich sein, die Verbindung mit allen Ortsgruppen mehr oder minder aufrecht zu halten. Die Ortsgruppenleitungen selbst müssen ihr Möglichstes tun und ihrerseits ebenfalls dazu beitragen, daß die Verbindung mit den Beamten bleibt und die Geschäfte in den Ortsgruppen weitergeführt werden.

In der nächsten Zeit muß, trotz aller großen Schwierigkeiten, rastlos gearbeitet werden. Es gilt vor allen Dingen auch, die jetzt plötzlich aus dem Felde und aus den Garnisonen heimkehrenden Krieger wieder gewerkschaftlich zu erfassen. Vor allen Dingen noch eins: In vielen Gegenden sind bereits Anschläge in den Betrieben erfolgt, wonach sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu einem gewissen Zeitpunkt organisiert haben müssen, widrigenfalls für die unorganisierten keine Arbeit mehr geboten wird. Im Ruhrgebiet, auf den Bechen, ist das fast allgemein der Fall und strömt jetzt alles in die Organisationen. Wenn wir uns auch sagen müssen, daß es mit einem erzwungenen Beitritt auf die Dauer nicht getan ist, so greift anscheinend diese Bewegung weiter um sich. Deshalb muß es auch für die Textilarbeiter heißen: Jetzt rastlos in die Verbände! Es darf keine Unorganisierten mehr geben. Geht freiwillig in die gewerkschaftliche Organisation, ehe der Zwang kommt. Unsere Vorstände und Vertrauenspersonen müssen jetzt überall agitatorisch tätig sein. Ueber die sonstige praktische gewerkschaftliche Tätigkeit an anderer Stelle. (Siehe Artikel: Dringende wichtige Aufgaben für uns während der Uebergangswirtschaft.) Im übrigen nochmals: Trotz aller Schwierigkeiten, besonders in den kommenden Wochen, standhalten und agitieren!

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Die Neuregelung der Aachener Textilarbeiterlöhne nach den Berliner Beschlüssen vom 24. Oktober. Vereinbarung in einer gemeinsamen Sitzung zu Aachen am 2. November 1918.

1. Löhne. In der Weberei werden die bisherigen prozentualen und sonstige Zulagen umgerechnet in Akkordsätze pro 1000 Schuß. Diese Akkordsätze — bisheriger Grundlohn und umgerechnete Zulagen — werden erhöht, bis in allen Betrieben für die Weberei nachstehende Mindestdurchschnittslöhne erreicht werden. Als Ausgleich kommt eine Erhöhung von etwa 5 Pfg. pro 1000 Schuß in Betracht. Es wird gezahlt: 1. in der Weberei pro Stunde 93 bis 96 Pfg.; für minderleistungsfähige ältere Arbeiter und auf schmalen Stühlen 85 bis 90 Pfg. Verrichtet der normal leistungsfähige Weber andere Arbeiten als an seinem Webstuhl, so erhält er pro Stunde 95 Pfg.

Die Anfang Oktober neu festgesetzten Durchschnittslohn der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Tuchfabriken erhalten eine weitere Erhöhung von 10 Prozent. Sie betragen: 2. für alle sonstigen männlichen Schwerarbeiter einschließlich Appretur pro Stunde 88 Pfg.; 3. für Minder schwerarbeiter 77 Pfg.; 4. für Stempeler und Wolferinnen 65 bis 60 Pfg.; 5. für Fadnerinnen 50 bis 55 Pfg.; 6. für Stöpferinnen 70 bis 75 Pfg.; 7. für Plüsterinnen 55 bis 68 Pfg.; 8. für Tuchscheererinnen 55 bis 60 Pfg.; 9. für Reitscheererinnen 63 bis 68 Pfg.; 10. für Zwirnerinnen 55 bis 60 Pfg.; 11. für jüngere Mädchen 45 Pfg.

Bei schlechtgehenden Arbeiten oder bei Verarbeitung von minderwertigem Material tritt der Beschluß des Arbeitgeberverbandes vom 22. Oktober in Kraft, nach welchem den Arbeitern in der Weberei, Stöpfererei, Reitscheerererei und Zwirnererei, wenn sie diese Arbeiten in Zeitlohn verrichten, nicht unter den für die betreffende Abteilung geltenden Minimaldurchschnittslohn gezahlt wird.

2. Sonstige Bestimmungen. In der Weberei wird der gleiche Akkordsatz an männliche und weibliche Arbeiter gezahlt.

An den Samstagen schließt die Arbeitszeit mittags um 12 Uhr.

Die neuen Vereinbarungen treten in der Woche vom 1. bis 9. November 1918 in Kraft.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt i. W. Am 10. November fand in Bocholt im großen Schützenhaus eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt, in welcher Bezirksleiter Otte über das Thema: „Der Sturz des Alten und unsere Forderungen an die neue Zeit“ sprach. Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen:

Die heute, am 10. November 1918, im Schützenhaus von den Textilarbeiterverbänden einberufene und besonders von der Arbeiterschaft stark besuchte Versammlung hält es im gegenwärtigen Augenblick für das höchste Gebot der Stunde, daß Ruhe und Ordnung im Innern des Landes gewahrt bleiben. Wer jetzt Verwirrung schafft und auf gewaltsamen Umsturz hinarbeitet, verständig sich an Volk und Vaterland. Der größte Dienst wird durch solch verwerfliches Vorgehen unseren Feinden erwiesen. Indem die Versammlung selbst im Sinne ruhiger Festigung der Verhältnisse im Innern arbeiten werden, lehnen sie jede Gemeinschaft mit gewaltsamen Unruheherden ab.

Im übrigen begrüßen wir lebhaft die Entwicklung unserer deutschen Verfassungsglieder und danken der neuen Regierung für die Erklärung, daß die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückstehen soll, entschlossen weitergeführt wird.

Manche Beschwerden bedrücken noch den Arbeiterstand. Indem wir uns zu den kürzlich in Duisburg am 29. und 30. Oktober dieses Jahres von gewerkschaftlicher Seite erhobenen Forderungen bekennen, halten wir es für notwendig, noch besonders zu betonen, daß die praktische Anerkennung der vollen Gleichberechtigung des Arbeiterstandes allseitig unverzüglich durchgeführt werden muß. Besonders gilt das auch hinsichtlich der Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Organisationen der Arbeitgeber.

Inbezug auf die örtlichen Verhältnisse nehmen die Versammelten den Standpunkt ein, daß den vor längerer Zeit erhobenen Wünschen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen teilweise nur in ganz ungenügender Weise Rechnung getragen worden ist. Sollen Unzufriedenheit und Schlimmeres vermieden werden, dann bedarf es in berechtigten Fragen des weitgehenden Entgegenkommens. Neben einer Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft im Lohnverhältnis ist u. a. die Einführung des freien Samstags-Nachmittags für Frauen und Arbeiterinnen notwendig. Die Pflichten und Aufgaben, welche heute den Frauen und Arbeiterinnen im Haushalt erwachsen, sind viel schwieriger wie vor dem Kriege. Infolge der Wochentagsarbeit ist der Sonntag, wegen der zurückgebliebenen Hausarbeit, vielfach zu einem Werktag geworden. Nachdem der freie Samstag-Nachmittag für ganze Branchen in der Textilindustrie bereits eingeführt ist, erscheint seine Einführung allgemein notwendig. Die Versammelten ersuchen die Vorstände der Textilarbeiterverbände, die Beschwerden und Wünsche der Arbeiterschaft zusammenzustellen. Die Organisationsleitungen werden gebeten, die Wünsche der Arbeitgeberorganisationen einzureichen und am Verhandlungen von Organisation zu Organisation nachzusuchen.

Inbezug auf die kommende, schwierige Uebergangszeit, halten die Versammelten ein enges Zusammenarbeiten zwischen Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen für notwendig.

Emsbetten. Einen wesentlichen Erfolg erzielten die Weber der Firma Bergmann u. Beermann hierselbst. Die Weblöhne wurden vor kurzem in Höhe von 10—20% aufgebessert, welches für jeden Beteiligten ca. 4,50 bis 5,— M. pro Woche ausmacht. — Notwendig wäre im allgemeinen in Emsbetten ein Organisationsverhältnis, wie es bei der genannten Firma der Fall ist. Es würden dann auch mehr Erfolge für die gesamte Arbeiterschaft auf allen Gebieten erzielt werden können.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands zur Lage. — Schwerste Sorgen. — Dringende wichtige Aufgaben für uns während der Uebergangswirtschaft. — Allgemeine Rundschau: Verwirklichung des sozialistischen Programms. — Aus unserer Bewegung: Unser Verband in gegenwärtiger Lage — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Die Neuregelung der Aachener Textilarbeiterlöhne nach den Berliner Beschlüssen vom 24. Oktober. Vereinbarung in einer gemeinsamen Sitzung zu Aachen am 2. November 1918. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt i. W. — Emsbetten.